

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden oft in einem Atemzug genannt. Selbstverständlich handelt es sich hierbei nicht um deckungsgleiche Phänomene, sondern allenfalls um sich teilweise überschneidende Problemkreise, die nicht leicht und eindeutig zu definieren sind. Zumindest soviel ist klar: Es handelt sich um ein internationales Phänomen, über das einschlägige Analysen z.B. in den USA, Italien, Frankreich und den ost-europäischen Ländern vorliegen. In Deutschland wird die Problematik gerne vor dem Hintergrund der je unterschiedlichen Ausprägungen und möglichen Ursachen in den neuen und alten Bundesländern behandelt. Dabei wird gelegentlich vom westdeutschen Wohlstandschauvinismus gesprochen, während in den neuen Bundesländern junge Arbeiter und vor allem Auszubildende besonders angezogen zu werden scheinen.

*Jenseits der bekannten Definitionsprobleme und Ungenauigkeiten bei der polizeilichen Registrierung und Einschätzung als »rechtsextrem« oder nicht lassen kriminologische Analysen des strafjustiziellen Umgangs mit diesen Taten keine Besonderheiten im Hinblick auf sonst übliche jugend- oder erwachsenenstrafrechtliche Sanktionsmuster erkennen. Im Gegensatz etwa zu den amerikanischen Aufgeregtheiten, die zu einer extensiven Gesetzgebungstätigkeit im Sinne eines verschärften Gesinnungsstrafrechts bezogen auf sogenannte **hate crimes** geführt haben, ist man hierzulande den rational begründbaren und empirisch spezial- wie generalpräventiv als effizient bestätigten Prinzipien eines humanen, wenngleich – wo notwendig – normverdeutlichenden Strafrechts verpflichtet. Der Vorrang der Diversion und anderer eher eingriffssamer Interventionen ist angesichts des Bagatellcharakters der meisten Delikte als sachgerecht und empirisch begründbar anzusehen. Insoweit sind allgemeine jugendkriminologische Erkenntnisse zur Episodenhaftigkeit und zum Bagatellcharakter der Jugenddelinquenz ohne weiteres übertragbar. Andererseits stellt sich natürlich die Frage, ob bezüglich der seltenen, dafür aber qualitativ beachtlichen rechtsextremen Gewalttaten angemessen und ausreichend reagiert wird.*

*Dem Thema widmete sich eine interdisziplinäre Tagung an der Universität Greifswald im Oktober 1998, über die im folgenden berichtet werden soll. Dort wurde u.a. der hier in leicht gekürzter Form wiedergegebene Vortrag von **Albert Scherr** über Befunde zur Rechtsextremismusforschung, insbesondere die Gründe der Attraktivität rechtsextremer Orientierungen für Jugendliche, gehalten. Die Beiträge von **Bernd Geng** und **Angela Kunkat** stellen empirische Befunde aus Forschungen am Lehrstuhl für Kriminologie in Greifswald zum Zusammenhang von rechtsextremen Einstellungen und Kriminalität dar (die Ergebnisse der Tagung werden Mitte 1999 in einem Sammelband im Forum-Verlag erscheinen, vgl. **Dünkel/Geng, Hrsg.**).*



Vom 23. bis 25.10.1998 veranstaltete der Lehrstuhl für Kriminologie (Frieder Dünkel) in Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen für Sozialpsychologie (Manfred Bornewasser) und Pädagogik (Franz Prüß) eine Tagung zum Thema »Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit« in Greifswald. Die interdisziplinäre Ausrichtung wurde durch die Referenten eindrucksvoll bestätigt: Politikwissenschaftler, Kriminologen, Psychologen, Soziologen, Pädagogen, Journalisten und in der Arbeit mit entsprechenden Problemgruppen erfahrene Praktiker fanden sich zu einem – wie sich schnell herausstellte – außerordentlich anregenden Gedankenaustausch zusammen.¹

Anstoß für das Thema gaben unter anderem Ergebnisse von Jugendkriminalitätsstudien am Greifswalder Lehrstuhl für Kriminologie. Im Rahmen einer Studie über Mehrfachauffällige bzw. Intensivtäter fanden sich ausgeprägte Orientierungen an rechtsextremen Parteien – 22 % gaben beispielsweise an, mit der DVU zu sympathisieren – und Zustimmung zu rechtsextremen Auffassungen. Fremden- und Minderheitenfeindliche Äußerungen waren weit verbreitet (35–40 %), teilweise mehr als die Hälfte der Mehrfachauffälligen zeigten entsprechende Neigungen und sympathisierten mit Skins (51 %), Hooligans (29 %) und ähnlichem (vgl. hierzu *Angela Kunkat* in diesem Heft). Auch im Rahmen einer derzeit laufenden Opferbefragung an Greifswalder Schulen fanden sich rechtsextreme Syndrome, die mit kriminologisch relevanten Daten, insbesondere Gewaltdelikten, korrelieren (vgl. *Bernd Geng* in diesem Heft). Es ist also kein Zufall, daß Kriminologen zunehmend mit der Frage des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit konfrontiert sind. Hierbei werden die klassischen kriminologischen Fragen der Ursachenanalyse rechtsextremer Gewalt, des Anzeigeverhaltens der Opfer, der strafjustiziellen Reaktion von Seiten der Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz, der Behandlung und Wiedereingliederung von entsprechenden Verurteilten (unter anderem im Rahmen des Strafvollzugs, wo sich unter anderem die Frage besonderer therapeutischer Behandlungsprogramme wie Anti-Aggressivitätstrainings etc. stellt) und nicht zuletzt der massenmedialen Verarbeitung und unter Umständen Beeinflussung des Phänomens aufgeworfen.

In seinen einleitenden Ausführungen bezog sich Frieder Dünkel auf das international zu beobachtende Phänomen des Rechtsextremismus (vgl. zum Beispiel: Minkenberg 1998) und zeigte den Zusammenhang zu kriminologischen Fragestellungen, insbesondere bezogen auf die rechtsextrem motivierten Gewalttaten und unterschiedliche Tätertypen in diesem Bereich auf. Der Politikwissenschaftler Prof. Wolfgang Gessenharter (Universität der Bundeswehr, Hamburg) referierte zum Thema »Rechtsextremismus und die neue intellektuelle Rechte«. Zunächst kritisierte er das »Deutungsmonopol« des Verfassungsschutzes für den Begriff »Rechtsextremismus« und erweiterte den Gegenstand der Betrachtung auf die neue radikale beziehungsweise die intellektuelle neue Rechte, deren Wurzeln er bis zu Carl Schmitt zurückverfolgte. Daß Äußerungen konservativer Politiker wie zum Beispiel Wolfgang Schäuble (CDU), die bezüglich der Einwanderung von Ausländern von »Staatsnotstand« oder dem deutschen Volk als »Schicksalsgemeinschaft« sprechen, einbrisantes Umfeld der neuen Rechten darstellen, wurde von Gessenharter eindrucksvoll belegt und er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß Bürgerengagement und die neuen politischen Mehrheiten »der Einwirkung von rechtsaußen wirksam Widerstand entgegensetzen«.

Thomas Ohlemacher (KFN Hannover) berichtete über die Wechselwirkungen massenmedialer Berichterstattung, Bevölkerungsmeinung und fremdenfeindlicher Gewalt anhand empirischer Längsschnittsbetrachtungen im Zeitraum 1991–97 und wies auf die besondere Verantwortung der Medien hin, die in spezifischen Konstellationen zum Auslöser fremdenfeindlicher Gewalttaten werden können.

Prof. Albert Scherr (Fachhochschule Darmstadt) beleuchtete die Gründe und Ursachen der Attraktivität rechtsextremer Orientierungen für Jugendliche. Rechtsextremismus als antimodernistischer Protest ist in sozial niedrigeren Schichten mit entsprechend niedrigerem Bildungsniveau stärker ausgeprägt. Die Entstehung subkultureller, rechtsextremer Jugendgewalt stellte er in den Zusammenhang mit Ohnmachtserlebnissen marginalisierter männlicher Jugendlicher, themisierte also insbesondere die Frage sozialer Ungleichheit beziehungsweise Benachteiligung (vgl. ausführlich den Beitrag in diesem Heft). In Anbetracht des relativ breiten Wissensstandes zur Ursachenanalyse plädierte Scherr vor allem für eine veränderte Arbeitsmarkt-, Sozial- und Jugendpolitik.

Über einen interessanten methodischen Ansatz der Beobachtung fremdenfeindlichen Verhaltens in einem Experiment berichtete Priv.-Doz. Klaus Wahl (Deutsches Jugendinstitut, München) und entwickelte ein Stufenmodell der Entwicklung hin zu fremdenfeindlichen Orientierungen, wobei er (im Gegensatz zu ökonomischen Erklärungsansätzen) die Bedeutung der Sozialisation in Familie und Gleichaltrigengruppe und der dort erworbenen sozio-emotionalen Befindlichkeiten, Kompetenzen und Inkompetenzen hervorhob. Hier wirke sich der blinde Fleck im deutschen Erziehungs- und Bildungssystem hinsichtlich emotionaler Erziehung und sozialen Lernens negativ aus. Statt Einsperren sei eine Art emotionale Resozialisierung bei den von sozialer Ängstlichkeit und/oder Aggressivität geprägten Jugendlichen erforderlich.

Prof. Wolfgang Frindte (Universität Jena, Institut für Psychologie) berichtete über sozialpsychologische Hintergründe von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Auf der individuellen Ebene wurde in seinen empirischen Forschungen Zusammenhänge mit autoritären Einstellungen

gefunden, wobei interessanterweise keine Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern ermittelt werden konnten, also die vielzitierte autoritäre Erziehung in der DDR sich nicht als bedeutsam erwies. Relevant dürften allerdings regionale Besonderheiten (zum Beispiel national-konservative Werthaltungen bei männlichen Jugendlichen in Bayern), jugendkulturelle und politische Faktoren sein, ohne daß man (weder in Ost noch West) von dominanten rechten Jugendkulturen sprechen könnte. Die möglichen Strategien der Eindämmung rechtsextremer Orientierungen und Gewalt sah Frindte demgemäß im Bereich der Jugend- und Familienhilfe, der Schule und nicht zuletzt der Politik.

Ein deutlich negativeres Bild rechter Jugendsubkulturen in den neuen Bundesländern zeichnete Bernd Wagner (Leiter des Berliner Zentrums für demokratische Kultur), der darauf verwies, daß rechtsextreme Gruppen in manchen Kommunen die öffentliche Herrschaftsmacht ausüben, wobei er als Kenner der Szene die unterschiedlichen Gesellungsformen rechtsorientierter Gruppen eindrucksvoll differenzierte.

Angela Kunkat und Bernd Geng berichteten über zwei Forschungsprojekte des Greifswalder Lehrstuhls für Kriminologie, die unter anderem den Anstoß für die Auswahl des Tagungsthemas gegeben hatten.

Frank Neubacher stellte zu Beginn des letzten Arbeitstages seine empirische Studie über fremdenfeindliche Brandanschläge und ihre justitielle Verarbeitung im Jugendstrafverfahren vor.² Prof. Manfred Bornewasser referierte die Ergebnisse der Studie über Fremdenfeindlichkeit in der Polizei.³ Es schloß sich an ein Vortrag von Ursula Held, Verein Horizonte, Wolgast/Mecklenburg-Vorpommern, über die Erfahrungen mit einem Anti-Aggressivitätstraining für junge Gewalttäter, das als ambulante Maßnahme entwickelt und erfolgreich erprobt wurde.

Prof. Franz Prüß (Universität Greifswald, Institut für Pädagogik) berichtete über Möglichkeiten der Prävention bezüglich Rechtsextremismus im schulischen Bereich.

Ihm folgte eine Einschätzung der neueren Tendenzen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern durch den Berliner Journalisten Burkhard Schröder, der die Wurzeln des Rechtsextremismus insoweit in der Geschichte der DDR und in einer »rassistisch und latent antisemitisch geprägten Alltagskultur« begründet sah. Negativ äußerte er sich gegenüber der Sozialarbeit im Hinblick auf rechte Gruppen, die die rechte Szene »in der Regel« bestärke.

Es schloß sich eine rege Podiumsdiskussion an, die nicht zuletzt durch provokante Thesen Schröders stimuliert wurde. Insgesamt wurde hierbei jedoch im positiven Sinne deutlich, daß die interdisziplinäre Zusammensetzung der Tagungsreferenten außerordentlich anregend und fruchtbar war. Aus kriminologischer und kriminalpolitischer Sicht wurde die Notwendigkeit der Einbeziehung empirischer Analysen aus dem Bereich der Soziologie, Psychologie und Sozialpsychologie für die Ursachen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus überdeutlich. So blieb das Fazit einer sehr ergiebigen Auseinandersetzung mit dem Thema, das in den nächsten Jahren vermutlich weiterhin eine unliebsame Begleiterscheinung des offiziellen Politikdiskurses bleiben wird. Immerhin wurde sichtbar, daß es plausible Erklärungsmuster ebenso wie erfolgversprechende Präventionsstrategien gibt. Es kommt nur darauf an, das Problem ernsthaft und überzeugt anzugehen.

Prof. Dr. Frieder Dünkel lehrt Kriminologie und Strafrecht an der Universität Greifswald und ist Mitherausgeber

Anmerkungen

- 1 Die Organisation und Finanzierung wurde dankenswerterweise weitgehend von der Friedrich-Ebert-Stiftung übernommen.
- 2 vgl. hierzu die entsprechende Monographie 1998 im Forum-Verlag und MschrKrim 1999, S. 1 ff.
- 3 vgl. hierzu Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie Nr. 1/2/1996